Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 19

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Den Abstimmungen entgegen

-an- Ein Plakat von seltener Eindrücklichkeit ziert gegenwärtig alle Wände und Litfassäulen: Ein eiserner Käfig mit einer Paragraphenkrone hängt schräg in der Luft, darin steht ein blauer Mann, nur schemenhaft angedeutet, und streckt einen Zettel mit der Neinparole zwischen den Gitterstäben heraus. Dieses Nein gilt der Abstimmung vom *18. Mai über die sozialdemokratische Initiative «Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit»*. Bei den von Bundesrat, Nationalrat und Ständerat ausgegebenen Parolen, die sämtlich Verwerfung empfehlen, bei der Ueberzahl von Gegnern in allen bürgerlichen Lagern, bei der Isolierung der befürwortenden Linken scheint es ein leichtes, den Ausgang dieser Abstimmung vorauszusagen. Die allgemeine Stimmung gegen ein Fortdauern jeglicher Reglementierung wird das übrige tun.

Am 6. Juli aber wird sich die gleiche Gegnerschaft auch in der *Entscheidung über die Wirtschaftsartikel* austoben, obgleich nun diesmal die Parteien fast einhellig ein Ja fordern. Es ist zu erwarten, dass der «eiserne Käfig» auch als Symbol für die «planwirtschaftliche» Wirkung der neuen Bundesverfassungsartikel aufgegeben werden soll. Obgleich genau umschrieben wird, wie auch künftig die Wirtschaftsfreiheit aufrecht erhalten werden müsse, und dass nur dort, wo unter der Herrschaft der freien, schrankenlosen Konkurrenz Gefahr bestehe, dass wesentliche wirtschaftliche Aufgaben nicht erfüllt werden könnten, der Staat mit seinen Vorschriften nachhelfen müsse.

Die Duttweilerpartei gibt die offene Verwerfungsparole aus. Für den «Landestag» dieser «ganz echten Liberalisten» soll in den Artikeln «keine Grundlage für eine in die Zukunft weisende Wirtschaftspolitik» zu finden sein. Der Landwirtschaft, um deretwillen die Ergänzung unserer eidgenössischen Verfassung in erster Linie geschaffen wurde, könne anderswie geschützt werden, durch «gesetzliche Massnahmen gegenüber dem Auslande». Durch Schutzzölle also? Seit wann ist Gottlieb Duttweiler Schutzzöllner? Oder welche andern «gesetzlichen Massnahmen» sind in dem verschwommenen Satze gemeint?

Man kann sagen, es sei «*nur*» der dem Schwund verfallene Landesring Duttweilers, der die Verwerfung empfehle. Aber man passe auf: Auch an der *Tagung des Schweizerischen Gewerbeverbandes vom 3. und 4. Mai in St. Gallen standen sich 224 annehmende und 115 ablehnende Delegiertenstimmen gegenüber*, welche die Furcht vor den «staatssozialistischen Pferdefüssen» der Artikel — namentlich in der Innerschweiz — bezeugen. Es braucht auch ein Ständemehr! Und *die Altersversicherung* — sie könnte manche Neinstimmen abkriegen, nur weil zweimal Nein gleichviel wie einmal kostet! Wobei zu bemerken ist, dass die gegenwärtigen Lohnbewegungen von den Gegnern der AHV ausgemünzt werden könnten! «Den unersättlichen Lohntreibern, die an der Inflationsdrohung schuld sind, sollen wir noch das Geschenk der AHV machen?» Man hat diese Stimmen auch schon vernommen. Es fehlt bestimmt nicht an Symptomen, welche von den Freunden der beiden Vorlagen ernst genommen werden müssen, damit nicht am 6. Juli die «Erprobung der Demokratie» mit einer schlimmen Blamage abschliesse.

«Die Geschichte mag lehren . . .»

Wallace, der ehemalige amerikanische Vizepräsident, hat der Oeffentlichkeit seines Landes prophezeit, *in Frankreich bestehe die Möglichkeit eines Bürgerkrieges*. Der amerikanische Staatssekretär *General Marshall* hat in seiner Radiorede an das Volk der USA vom «todkranken Patienten Europa» gesprochen, und von den Aerzten, die bisher nichts getan hätten, als ergebnislos zu beraten. Seit diese beiden Warnungen bekannt geworden, hat die Diskussion des Moskauer Ergebnisses beiderseits des Atlantischen Ozeans ergeben, dass Amerika stillschweigend an die Arbeit gehen will, um dem «Patienten» *die* Hilfe angedeihen zu lassen, die ihm — und ebenso den USA — nützen wird. Was eigentlich getan werden soll — man weiss es nicht. Nur eines scheint sicher: Die aufzuwendenden Millionen und Milliarden, denn darunter geht es nicht, werden den Volksvertretern nur unter ordentlichen Widerständen abzuknöpfen sein. *Nur 200 Millionen* soll beispielsweise die *Nachfolgeorganisation der UNRRA* bekommen. Ob das Hilfsprogramm an die Griechen und Türken im vollen von Truman geforderten Umfange bewilligt wird, steht noch nicht fest. Dabei sind mehr als sechs Wochen vergangen, seit der Präsident seine Forderung aufstellte. Die ganze Moskauer Konferenz stand unter dem Schatten dieses Programms, und die Unversöhnlichkeit der Russen wird vielfach aus dem Misstrauen erklärt, welche die amerikanische Ankündigung — sie wurde am dritten Konferenztage bekannt — im Kreml ausgelöst. Und dennoch — Senat und Repräsentantenhaus sind heute noch weit von der Einhelligkeit in der Billigung dieser neuen USA-Politik entfernt. Man hat sich nicht umsonst vor den Wahlen den Wählern vorgestellt als die Partei, die den «verdammten Staat» das Sparen lehren werde! Soll man also heute Ja sagen zu den unerwartet geforderten 400 Millionen Dollars — und morgen vielleicht nochmals Ja, wenn das Vielfache davon verlangt wird?

Denn — das grosse Hilfsprogramm verlangt das Vielfache. Soll *der ganze vordere Orient* als wirtschaftlich kräftige und damit auch zur politischen Selbständigkeit und zur militärischen Wahrhaftigkeit fähige Sphäre aufgebaut werden, dann müssen die USA auf lange Jahre hinaus helfen. Und wenn *aus dem westelbischen Deutschland* ein gesundes Land werden soll, dann braucht das abermals Geld und immer noch mehr Geld — und nicht nur Almosen.

Der Weg, den Amerika gehen will, scheint jedoch nicht jener zu sein, welchen Truman in seinem ursprünglichen Griechenhilfeprogramm andeutete. Man vergesse nicht: Es geht auch anders als durch die Kanäle der amerikanischen Staatsrechnung. Und *eben das* meinen die amerikanischen Senatoren und Repräsentanten, welche Trumans neue Budgetposten auf ein Minimum beschneiden wollen. Wozu gibt es eine *amerikanische Hochfinanz?*

Wenn wir in nächster Zeit, von Mord- und Totschlagaffären, von *Irgun Zwai Leumi-Terror in Palästina*, von *Kriegsverbrecherprozessen*, von *Hinrichtungen*, von *Streiks*, von *französischen Brotsorgen und Aehnlichem* abgesehen, *wenig Nachrichten über Fortschritte in der politischen Aufbausphäre Deutschlands* bekommen, dann einfach deshalb, weil wenig geschieht. Und warum geschieht wenig? Weil sich das Schwergewicht der amerikanischen — und auch der englischen — Tätigkeit in die *private* Organisierung der schrecklichen Konkursmasse verschoben hat. «Wenn die Russen nicht mittun wollen, dann müssen wir nach Kräften wenigstens *die* Gebiete auf die Füsse stellen, die wir zu verwalten haben» — so tönt es heute in London wie in den USA.

Die russische Reaktion

auf diese nun noch mehr inoffizielle Organisationstätigkeit des «westlichen Kapitalismus» wird logischerweise auf eine ebenso konsequente «Staatsbeteiligung» am bestehenden und neu aufgebauten deutschen Besitz östlich der Elbe und Saale sein. Und das Ergebnis sind eben die schon oft vorausgesagten *«zwei Deutschland»*, die sich immer weniger gleichen. Darin zeichnet sich die von *Stalin* gegenüber Harold Stassen, dem vermutlichen republikanischen USA-Präsidentschaftsbewerber, ausgesprochene *«Bereitschaft zur Zusammenarbeit»*. Ist es Zynismus, wenn Stalin beifügt, diese Bereitschaft liege *«in der Wunschsphäre»*, und das heisse noch nicht, dass man auch zusammenarbeiten *könne?* Fast möchte man behaupten, in Moskau hätten beide Gegner die Erkenntnis mitgenommen, dass man bis auf weiteres versuchen müsse, getrennt zu marschieren und zu zeigen, was beide wirtschaftlichen Systeme schliesslich zu leisten vermöchten. «Das wird die Geschichte lehren», sagte Stalin.

Als ein «Zeichen der Bereitschaft» müssen wir freilich die *russische Einwilligung* betrachten, *über die Schulden aus der amerikanischen Leih- und Pachthilfe* zu verhandeln. Vielleicht sind die bezeichneten Unterhändler bereits daran, sich auf die kommenden Sitzungen vorzubereiten. Es gibt Optimisten, die annehmen, Russland werde, wenn es sich bereit finde, eine Schuldanerkennung zu kontrahieren und damit seine «Ordentlichkeit als Geschäftspartner» zu beweisen, in kurzem eine USA-Anleihe bekommen. Wir glauben jedoch nicht daran, sondern an etwas anderes: Dass die USA versuchen werden, die russischen Reparationsbegehren zunächst ein-

mal von einer Schuldanerkennung Moskaus abhängig zu machen. Ist es so weit, kann weiter verhandelt werden. Und zwar über die Möglichkeit, *die gesamtdeutsche Wiederaufrichtung zum Heil der gesamteuropäischen Wirtschaft* zu sprechen. Und wenn erst einmal dieser europäische Heilungsprozess eingeleitet sein wird, soll abgemacht werden, was als Ueberschuss aus der Wirtschaft Gesamtdeutschlands den Russen zukommen dürfe. Gehen aber die Herren im Kreml auf diesen Gesamtplan nicht ein — nun, dann mögen sie aus Ostelbien herausziehen, was sie können, und auf die mittelbare Hilfe Amerikas verzichten. Worauf vielleicht Stalin wieder antworten wird, dass die Geschichte lehren werde, welches System weiter komme.

Die Versteifung der Standpunkte ist so offenbar geworden, dass man heute annehmen kann, Amerika, das mit Marshall nun seinen steifnackigen Aussenminister mit der konzilianten, aber dafür um so härtern Form besitzt, werde sich im «deutschen Geschäft» nicht mehr beeilen, sondern sei entschlossen, ebenso lange zuzuwarten wie die Russen, und wenn es Jahre gehen sollte. Ebenfalls unter der Devise: Die Geschichte mag lehren, welches System besser sei. Inzwischen haben die *Militärs* offenbar Weisung, ein wenig Alarm zu spielen, in den elbenahen deutschen Städten einige *Verdunkelungsmanöver* durchzuführen und Sirenen zu probieren, wie dies übrigens auch die Franzosen in ihrer Zone tun, «um bei allfälligen Brandfällen», wie sie sagen, Warnungssignale geben zu können. Die deutschen Nazis werden zwar den von Hitler prophezeiten amerikanisch-russischen Krieg in Sicht wähnen — aber so ist es nicht gemeint. Man will nur dem Russen zeigen, *dass man da ist und auch da bleiben und dass man sich nicht «aus Europa hinausärgern» lassen will*, wie dies vor noch nicht langer Zeit als Absicht der Russen behauptet wurde. Als

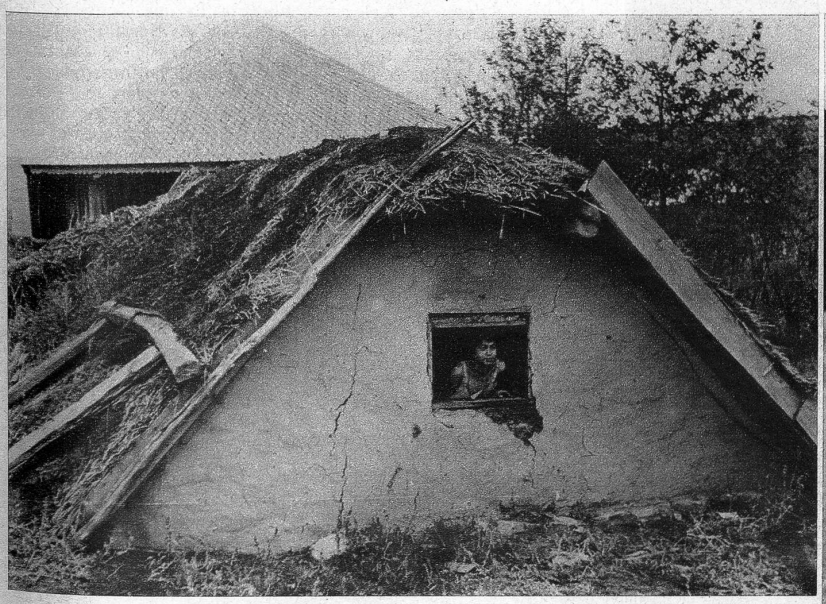
einziges dringendes Geschäft

betrachten die Amerikaner den *Abschluss des Oesterreich-Vertrages*, weil dieser nicht nur den russischen Rückzug aus Ober- und Nieder-Oesterreich, aus Wien und dem Burgenlande, sondern auch aus Ungarn und Rumänien nach sich ziehen wird. Man kann erwarten, dass die in Wien zusammentretende Kommission nach hartem Feilschen zu einer endgültigen Definition des «deutschen Besitzes» kommen wird — noch vor der September-UNO-Tagung und vor der nächsten Deutschland-Konferenz im November, und dann mag sich der zwangsläufige russische Rückzug aus dem Donaubecken — freilich nur bis in die karpathorussischen Ausfallspositionen, vollziehen. Erst dann kann der volle konzentrische Druck in Deutschland beginnen.

Die Russen haben *an der jetzigen UNO-Tagung*, welche die Palästinafrage diskutiert, die Gelegenheit wahrgenommen, sich neue Freunde in den arabischen Staaten zu schaffen. Es war ein grosses Rätselraten darüber, ob wohl der Kreml sich auf die Seite der fortschrittlichen, zum guten Teil sozialistischen jüdischen Gemeinschaft Palästinas schlagen werde. Zur Verblüffung all der Idealisten, die so etwas für möglich gehalten, stimmte jedoch Moskau dafür, dass Palästina unverzüglich seine Freiheit und die Mitgliedschaft der Vereinten Nationen erhalten solle, genau wie die Araber dies verlangt hatten. Die alten Füchse von «Effendis», welche heute die feudalen Araberstaaten vertreten, werden nicht wenig lachen, wenn sie feststellen, wie heute die Engländer aus Furcht vor dem Zusammenbruch ihrer «Emire-Brücke» im vordern Asien alles tun, um das Arabertum in guter Laune zu erhalten, wie die Yankees sie umwerben, weil die arabische Erde so stark nach Petrol riecht, und wie nun auch die Russen finden, man müsse ihnen beistehen. Schlau genug sind sie übrigens, um zu wissen, was sie sich selber schuldig sind. In künftigen UNO-Debatten stimmen sie gewiss nur für das majorisierte Moskau, wenn es ihnen, nicht aber wenn es Moskau passt.

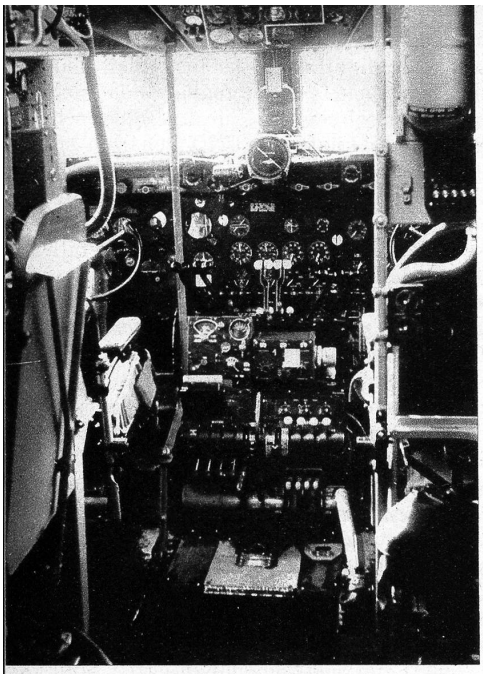
Ist dem Kreml übrigens wohl aufgefallen, dass *die indische «panasiatische Tagung» in Delhi* wohl *die mohammedanischen Sowjetrepubliken, nicht aber die sibirische Republik, eingeladen*, also gewissermassen einen Trennungsstrich zwischen die russischen und nichtrussischen Gebiete asiatisch Russlands gezogen? Und sollte nicht hier eine Entwicklung beginnen, über die man die alte Frage: «*Wer* wird *wen* fressen», setzen könnte? *Die Russen Pan-Asien, oder Pan-Asien das monglische Russland?* Indien rechnet heute damit, sich als «Zwei-Nationenstaat» zu organisieren. *Mountbatten fordert in London*, schleunigst das gesamte Programm der Regierungsübergabe so umzustellen, dass die Erbschaft der englischen Regierung sinngemäss sowohl auf «Hindustan» wie auf «Pakistan» erfolgen könne. Werden sich Lücken ergeben für ein russisches Eingreifen? Oder steigt ruckartig *der asiatische Mohammedanismus* zu einer solchen Bedeutung empor, dass «Pakistan» den mohammedanischen Sowjetstaaten als «nächster Verwandter» vorkommen wird? Alsdann würde das Fischen im trüben indischen Wasser gefährlich,

Hat übrigens Moskau die Absicht, die Kommunisten Westeuropas aus den Parlamenten zurückzuziehen? In Frankreich haben sie sich aus dem *Kabinett Ramadier* hinausmanövrieren lassen. Wegen der Lohnfragen oder wegen der kommenden *Kolonialdebatten?* «Die Geschichte wird lehren», ob hier eine geschichtliche Wende eingesetzt hat . . .





Am 10. Mai feiert Rumänien seinen Unabhängigkeitstag . . . unter traurigen Umständen. Zu den Kriegsfolgen gesellte sich der regenlose Sommer 1946 und damit vor allem in der Moldau eine furchtbare Hungersnot. Rumänien kämpft heute um das Leben seiner Kinder. Das Schweizervolk wird in diesen Tagen aufgerufen, sich an der **Kinderhilfe in den heimgesuchten Gebieten zu beteiligen.** — Zu unsern Bildern: Rechts: So war es einmal. Ein Volk, das sich seines Daseins freute, wie diese moldauische Jugend in ihren schönen Kostümen zeigt. Heute regiert der Hunger. Oben: Eine Bauernhütte, zur Hälfte unter der Erde. Das Elend regierte hier schon in normalen Zeiten. Heute essen die Verzweifelten Erde mit Kuhdünger . . . und sterben daran.



Die Swissair führt ihre Douglas DC-4 vor

Dübendorf führte die Swissair eine der vier n der Douglas Aircraft Co. in Santa Monica Kalifornien) erworbenen DC-4-Maschinen der esse vor. Diese Riesenvögel, die eine Spannweite n 36 m haben, können bei einer sechsköpfigen satzung 44 Passagiere an Bord nehmen. Da se viermotorigen Maschinen eine Startdistanz n 1188 m haben, können sie im Verkehrsdienst zur Vollendung des interkantonalen Flughafens oten nur in Basel-Mülhausen und Genf-Cointrin gesetzt werden. Ein Blick in die mit den modernsten Einrichtungen versehene Führerkabine weist, dass das Pilotieren einer modernen Verkehrsmaschine keine so einfache Sache ist, wie man sich das bisweilen vorstellt! (ATP)



Fräulein Dr. Elisabeth Waelti, eine Bernerin, die seit einigen Jahren als Lehrerin an der Dolmetscherschule der Universität Genf wirkt, hat einen ehrenvollen Ruf an die Universität Pittsburgh erhalten. Sie soll auf Grund ihrer Erfahrungen in Pittsburgh eine Dolmetscherschule einrichten (ATP)



Im 76. Lebensjahr ist am Freitagabend in seinem schönen Heim in Oberwichtrach Dr. med. vet. h. c. Ernst Daepp, Tierarzt, gestorben



Dänemark bestattet König Christian

V. l. n. r.: König Haakon von Norwegen, der Bruder des toten Königs Christian, König Friedrich von Dänemark, Prinz Georg von Dänemark und Griechenland und Prinz Knud, der Bruder von König Friedrich, im Trauerzug (Photopress)



Der 100. Geburtstag Ulrico Höplis

Am 6. Mai sind es 100 Jahre her, seit Ulrico Höpli, der berühmte und weltbekannte Schweizer Verleger und Buchhändler von Mailand im thurgauischen Dörfchen Tuttwil bei Wängi das Licht der Welt erblickte

Das Geburtshaus Höplis in Untertuttwil bei Wängi im Thurgau, wo am 6. Mai eine schlichte Gedenkfeier stattfand

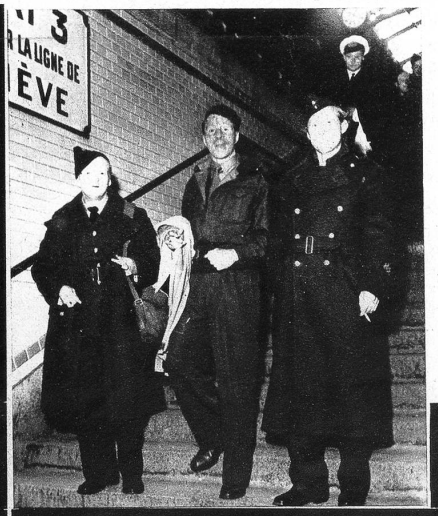


Der erste schweizerische Direktflug Genf—New York

ie schweizerische Flugzeugbesatzung, welche sammen mit einer amerikanischen Equipe der ouglas-Werke die HB-ILI nach Neuyork fliegt. l. n. r.: der technische Direktor der Swissair, r. G. von Meiss (nimmt am Flug nicht teil), ugkapitän Walter Borner, Flugkapitän Anton n Tscharner, Funker Paul Auberson und Funer Werner Wegmann, der erst vor wenigen Tagen inen zweimillionsten Flugkilometer hinter sich gebracht hat

e c h t s: Wenige Minuten nach dem Start in enf-Cointrin. Die vier Motoren der DC-4 laufen auf vollen Touren

(Photopress)



Links:

Englische Kriegsgeschädigte in der Schweiz

In Lausanne ist ein erstes Kontingent von 20 englischen Kriegsgeschädigten eingetroffen, welche als Gäste des Schweizerischen Roten Kreuzes einen Erholungsurlaub von fünf Wochen am Genfersee verbringen werden. Bei den meisten Kriegsverletzten handelt es sich um Angehörige der RAF, die durch Brandwunden furchtbar verunstaltet waren und sich plastischen Gesichtsoperationen hatten unterziehen müssen. Unser Bild zeigt die englischen Gäste bei ihrer Ankunft in Lausanne (Photopress)



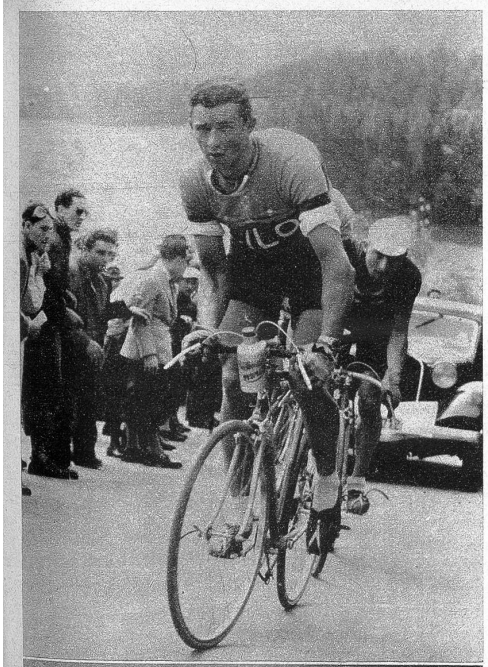




Die Berner Pferderennen 1947

Links: Moment aus dem Preis des Regierungsrates des Kantons Bern. Links Oblt. Peter Burger auf «Toni», der das Jagdrennen gewann (Photopress)

Kreis: Phase aus dem Jagdrennen um den Preis des Hoteliervereins: Der Sieger, Hptm. Jörg Fehr (Jockey) auf «Iri» Seite an Seite mit Hptm. Bleuler auf «Thalsex-Leda» (Photopress)



←

Strassenrennen um die Meisterschaft von Zürich

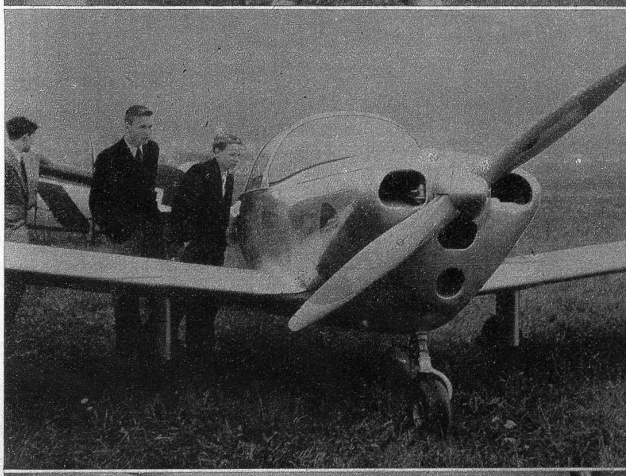
Unser Bild zeigt den Sieger Charles Guyot beim Aufsteigen am Regensberger Stich, gefolgt vom Aargauer Ernst Stettler (ATP)



→

Grasshoppers—Servette Genf 3 : 1

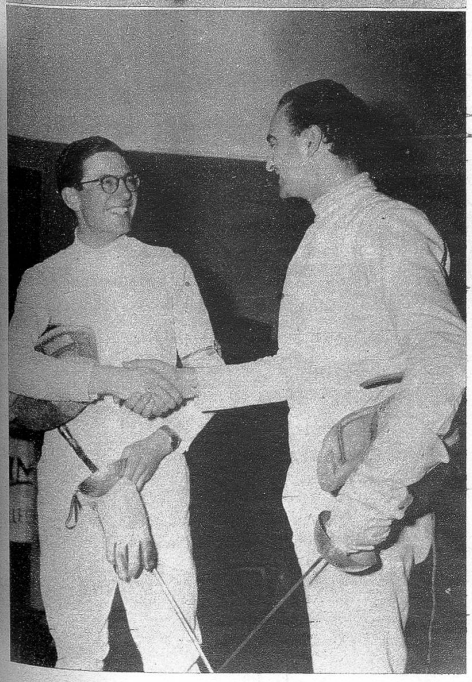
Das Genfer Team kam ersatzgeschwächt nach Zürich und musste gegen die «Hoppers» eine klare Niederlage einstecken. Bild: Kopfballszene vor dem Genfer Tor (Photopress)



→

Der Flugzeugmarkt in Grenchen

Unser Bild zeigt die amerikanische «Eroupe» mit Bugrad, eine zweiplätzige Sport- und Touristikmaschine, Tiefdecker (Photopress)



←

Schweizerische Degenmeisterschaft in Bern

In Bern fand am vergangenen Sonntag die schweizerische Degenmeisterschaft statt, an der sich 29 Kämpfer beteiligten. Sieger wurde mit 21 Siegen, 7 Niederlagen und 46 erhaltenen Treffern Spillmann, La Chaux-de-Fonds, der hier vom zweiten des Klassements, dem Lausanner Zappelli (rechts), beglückwünscht wird (ATP)



→

Zwei Mosquito-Flugzeuge der RAF stellten letzte Woche einen neuen Flugrekord auf, indem sie die Strecke London—Kapstadt in nicht weniger als 21 Stunden und 31 Minuten zurücklegten. Unser Bild zeigt die Besatzung der beiden Maschinen vor dem Start